

Digitaler
Sonderdruck

Zeitschrift für das ge
REDITWESEN

78. Jahrgang · 1. Juli 2025

13-2025



Mitherausgeber dieser Ausgabe:
Bundesverband Öffentlicher
Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

FÖRDERBANKEN 2025

Jetzt in die Infrastruktur investieren
und die Zukunft sichern

Katharina Beck

Katharina Beck

Jetzt in die Infrastruktur investieren und die Zukunft sichern

Es sind unsichere politische Zeiten. Seit drei Jahren Krieg in Europa, seit einem halben Jahr Trump, der „checks and balances“ der US-amerikanischen Demokratie ignoriert und Welthandel und internationale Regeln auf den Kopf stellt. In Deutschland: vorzeitiges Aus der Ampel-Koalition, ein intensiver Wahlkampf, eine Kanzlerwahl, die erstmals erst im zweiten Wahlgang erfolgreich war und eine die freiheitliche Grundordnung ablehnende Partei mit jeder fünften Wählerstimme.

Politische Stabilität ist aber ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Sie ist in Zeiten tiefgreifender, globaler Umbrüche umso notwendiger und auch eine Chance für das Land und den Kontinent, wenn man es gut anstellt.

Daher sage ich auch jetzt aus der Opposition heraus: Es ist gut, dass Deutschland wieder eine Regierung hat. Diese muss nun ihre Handlungsfähigkeit beweisen. Die Wirtschaft und die freiheitliche Ge-

Wirtschaft wird die Probleme nämlich leider noch verschärfen und das ist häufig sogar schon Realität – ob man das wahrhaben will oder nicht. Für die Weltwirtschaft, also für unternehmerische Stärke, sind der Klimawandel und der fortschreitende Biodiversitätsverlust laut „World Economic Forum“ (WEF) die Top-Risiken. Durch diese oft fälschlicherweise als reine Ökothemen betrachteten Entwicklungen erodieren Lieferketten, sind Wertschöpfungs- und Lebensgrundlagen bedroht und soziale Konflikte und Fluchtbewegungen verschärfen sich.

Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit sichern

Die Folgen des Klimawandels sind für die Finanzbranche, die besonders aufs Risikomanagement achtet, besonders relevant. Dies hat zuletzt Günther Thallinger, Mitglied des Vorstands der Allianz, mit seiner Warnung auf den Punkt gebracht:

„Politische Stabilität ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.“

sellschaft stehen vor großen Herausforderungen. Ich will, dass eine positive Zukunft gelingt.

Alle ernsthaften Risiken sind ernst zu nehmen

Für echten Erfolg müssen alle ernsthaften Risiken für die Wirtschaft ernst genommen werden. Der immer schnellere

Eine „Welt in Flammen“ sei „nicht versicherbar“. Deswegen muss die neue Regierung hier ihr Mindset ändern. Vermeintliche Ökopolitik, zum Beispiel aktive internationale Klimapolitik, ist kluge Wirtschafts- und Finanzpolitik. Schade, dass diese Themen aus dem Wirtschaftsministerium entfernt wurden.

Aktuelle Studien zeigen, wie dringend wir handeln müssen: Laut einer vom BDI

in Auftrag gegebenen Studie der Boston Consulting Group zu den Transformationspfaden für das Industrieland Deutschland sind bis 2030 insgesamt 1,4 Billionen Euro an zusätzlichen Investitionen erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zu sichern.

In stabile Fundamente, in Infrastruktur investieren

Das Potenzial dieser Investitionen ist enorm. Der BDI schätzt, dass in den kommenden Jahren vor allem im Bereich der grünen und digitalen Technologien neue Wachstumsmärkte entstehen werden. Bis 2030 könnten diese Märkte einen Umsatz von mehr als 15 Billionen Euro generieren. Das sind pure Wachstumschancen.

Gut ist, dass nun Investitionen in die Infrastruktur vorgenommen werden sollen. Denn ähnlich wie politische Stabilität ist Infrastruktur, neben der Verfügbarkeit von Arbeitskräften, einer der entscheidenden Faktoren für die Attraktivität eines Standorts und ein Fundament für seine Wettbewerbsfähigkeit.

Wichtig: die „Zusätzlichkeit“ im Sondervermögen

Mit dem neuen 500 Milliarden Euro Sondervermögen muss es nun endlich losgehen. Bürger und Unternehmen erwarten zu Recht von der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt ein modernes Schienennetz, gut ausgestattete Schulen und Krankenhäuser, intakte Straßen und zukunftsfähige Energieinfrastrukturen.

Angesichts des enormen Handlungsbedarfs ist allerdings wichtig, dass jeder Euro aus dem Sondervermögen tatsächlich in Investitionen in die Infrastruktur fließt. Die Grünen erwarten, dass die Mittel wirklich „zusätzlich“ ausgegeben werden, wie es bei den Verhandlungen im Grundgesetz verankert wurde. Erste zu beobachtende mögliche Tricks beim schwarz-roten Haushalt, doch Steuersenkungen mit Schulden quer zu finanzieren werden die Grünen hart kritisieren. Sie sind für den Standort Deutschland schlecht. Das Sondervermögen muss dem Aufbau eines stabilen Fundaments für die Zukunft zugutekommen – im Bund, Ländern und Kommunen.

Genauso wichtig: Leidenschaft für private Finanzierung

Die Grünen haben lange dafür geworben, die Schuldenbremse für Infrastrukturinvestitionen zu öffnen. Das Infrastruktursondervermögen war das in der gebotenen Eile politisch Mögliche, und mit der Aufnahme der „Zusätzlichkeit“ und dem Klimaschutzbezug auch politisch vertretbar. Aufgrund der neuen geopolitischen Realitäten haben die Grünen ebenfalls mit beschlossen, Verteidigungsausgaben in großem Stil von der Schuldenbremse auszunehmen.

Die öffentliche Hand allein wird die enormen Zukunftsinvestitionen nicht stemmen können, und das soll sie auch gar nicht. Auch Realwirtschaft und Finanzbranche sind gefragt. Der Investitionsstandort Deutschland muss wieder attraktiver werden, auch im Mittelstand. Es braucht neben Venture- auch ein viel besseres langfristiges Wachstumskapital-Umfeld, um Start-ups in Deutschland und in Europa zu halten, wenn sie größer werden. Die Kapitalmarktunion in Europa muss von einem seit Jahren in kaum einer Sonntagsrede fehlenden Schlagwort endlich in die Realität überführt werden. Lars Klingbeil ist gefragt, große Leidenschaft für Finanzierung an den Tag zu legen.

Erste Möglichkeiten liegen vor: Die rot-grüne Übergangsregierung hat mit dem

Zukunftsfinanzierungsgesetz 2 schon Maßnahmen vorgelegt, um privates Kapital für Infrastruktur und erneuerbare Energien zu mobilisieren. Der Gesetzentwurf sah beispielsweise Erleichterungen bei Investitionen in erneuerbare Energieanlagen vor und hätte einen sicheren Rahmen für Investitionen geschaffen. Die Autorin hofft, dass das Finanzministerium unter neuer Führung daran weiter arbeitet.

Die relevante Aufgabe der Förderbanken

Um die Gelder auf die Straße zu bringen, sollte die neue Bundesregierung die Förderbanken bei der Verteilung und Hebelung der Mittel miteinbeziehen. Mit 57 Prozent sind die öffentlichen Banken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 22 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung.

Viele der Investitionen und Veränderungen finden auf der kommunalen Ebene statt und ebenso ist wie beschrieben die Unternehmensfinanzierung mit der größte Hebel für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. Mit ihrer Expertise und Verankerung in der Breite der deutschen Wirtschaft und den Kommunen sind die Förderbanken eine entscheidende Schnittstelle zwischen Staat, Wirtschaft und der Finanzbranche.

Grundsätzlich: Anreize richtig setzen

Eine Regierung muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Fossile, von Russland abhängige Energiepolitik schadet Deutschland geopolitisch und wirtschaftlich – auch den Hunderttausenden hier, die den Wettbewerb um die zukunftsfähigen Märkte und Technologien schon aufgenommen haben. Fast jedes zweite Start-up ordnet sich der „Green Economy“ zu.

Anreize müssen besser gesetzt werden: Es braucht den entschlossenen Abbau der über 60 Milliarden Euro umweltschädli-



Foto: Henning Angerer

Katharina Beck



Finanzpolitische Sprecherin,
Bundestagsfraktion der Grünen, Berlin

In einem geopolitisch und wirtschaftlich angespannten Umfeld gewinnt der Investitionsstandort Deutschland strategisch an Bedeutung. Angesichts globaler Risiken wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust fordert der Beitrag ein Umdenken: Nachhaltigkeit sei kein Öko-Thema, sondern wirtschaftspolitisch essenziell. Um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, braucht es laut BDI-Studie bis 2030 zusätzliche Investitionen von 1,4 Billionen Euro – insbesondere in grüne und digitale Infrastruktur. Das neue 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen soll gezielt zur Modernisierung von Verkehrs-, Energie- und Bildungsinfrastruktur beitragen. Private Finanzierung und ein starker Finanzplatz Deutschland sind dabei laut Katharina Beck unverzichtbar. Förderbanken könnten als Hebel und Bindeglied zwischen Staat, Wirtschaft und Finanzbranche fungieren. Entscheidend seien klare Anreize, etwa über CO₂-Bepreisung und den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Die Zeit für entschlossenes Handeln ist jetzt. (Red.)

chen Subventionen, eine ambitionierte CO₂-Bepreisung mit einem fairen sozialen Ausgleich und steuerliche und bilanzielle Anreize, damit es sich finanziell lohnt, nachhaltig zu wirtschaften.

Die Bundesregierung hat die Chance, die Infrastruktur zu erneuern und richtige Weichen zu stellen. Sie muss sie – gemeinsam mit den richtigen Partnern – ergreifen.